

Italiens Balkan-Herrschaftsgelüste.

6. April 1927

Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen nach Rom hat ihren Abschluß in der Unterzeichnung eines ungarisch-italienischen Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsgerichtsvertrages gefunden. Das Abkommen stellt, nach der Auffassung der maßgebenden politischen Kreise Berlins ein weiteres Glied in der Kette der italienisch-französischen Spannung dar und wird somit nicht geeignet sein, die Beziehungen zwischen Rom und Paris günstig zu beeinflussen. Die soeben abgeschlossenen Verträge zwischen Rom und Budapest sind aber gleichzeitig ein Zeichen dafür, daß

Italien bestrebt ist, seinen Einfluß in Osteuropa unter allen Umständen auszudehnen, wodurch zweifellos eine Beunruhigung innerhalb der Kleinen Entente hervorgerufen werden dürfte. Namentlich auf Südslawien werden die Abmachungen zwischen Italien und Ungarn ihren Eindruck nicht verfehlen, heißt es doch, daß Italien nunmehr bereit sei, Ungarn im Adriahafen von Fiume gewisse Konzessionen zuzugestehen, die im Interesse des Auslandshandels von Ungarn von großer Bedeutung wären.

Mussolinis Isolierungspolitik.

Zu der gestrigen Unterzeichnung des italienisch-ungarischen Vertrags in Rom wirft Bertinax im „Echo de Paris“ die Frage auf, ob man in dem Vertrag ebenso wie in anderen die Neutralitätsklausel finde. Nach dem Geiste und dem Buchstaben des Völkerbundes gebe es keine Neutralität. Alle Völkerbundsstaaten seien moralisch verpflichtet, gegen den Angreifer zu marschieren. Die gegenwärtige Stunde sei für den Völkerbund sehr grausam. Ohne Lärm und Aufheben sei soeben der albanische Konflikt der Rechtsprechung des Völkerbundes entzogen worden. Werde ihm jetzt ein neuer Schlag versetzt? Es sei schwer, in dem jugoslawischen Konflikt nicht eine Warnung in Belgrad zu erkennen und über Belgrad hinweg an die drei Länder der Kleinen Entente. Der Duce habe in Athen und Bukarest auf die Isolierung des jugoslawischen Königreichs hingearbeitet. Er habe nichts vernachlässigt, was die Zusammenarbeit derjenigen schwächen oder begrenzen müsse, die sich in das Erbe Habsburgs teilen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. April 1927.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Reichshaushaltplans für 1927. — Abg. Dr. Hilferding (Soz.) behandelt zunächst die Stellung der Deutschnationalen in der Regierungskoalition. Es gebe auch bei den Deutschnationalen Männer, die einsehen, daß die Wiederherstellung der Monarchie nur nach einem fürchterlichen Bürgerkrieg möglich wäre. Diese Männer hätten daher die neuen Richtlinien anerkannt und damit die unbedingte Zustimmung zu der bisherigen Außenpolitik gesprochen. Das könne mit einer gewissen Genugtuung festgestellt werden. Andererseits gebe es Männer, die an ihrer unerschütterlichen Überzeugung von der Güte der Monarchie festhielten. Das gelte besonders von den Deutschkonservativen, und es wäre interessant, zu erfahren, ob Graf Westarp dieser Partei immer noch angehöre. Die heutigen staatsrechtlichen Zustände seien unhaltbar, namentlich bedürfe das Verhältnis Preußens zum Reich einer gründlichen Prüfung und Aenderung. Das unglückliche Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern müsse durch Ueberbergung zum Einheitsstaat geändert werden. Dem Föderalismus müsse ein Ende gemacht werden. Seine Freunde lehnten den Etat ab, als Protest gegen den Partikularismus, gegen staatsrechtlichen Rückschritt und als Demonstration für den Einheitsstaat. — Abg. Torgler (Komm.) meint, wenn die Sozialdemokraten den Etat ablehnen, so müßte er beinahe sagen: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“ Die Opposition der Sozialdemokraten sei nur eine Scheinopposition und werde es auch in Zukunft bleiben. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bespricht die Aeußerung Dr. Stresemanns zur Konkordatsfrage. Die Freude der Demokraten darüber, daß sich da wieder ein gemeinsamer Boden für die liberalen Parteien zu finden ließen, sei aber leider nach der neuen Erklärung Stresemanns von kurzer Dauer gewesen. Man sei schließlich dahinter gekommen, daß hier nicht der Staatsmann Stresemann, sondern der Parteipolitiker Stresemann gesprochen habe, der befürchtet habe, daß ihm ein großer Teil seiner Anhänger davonlaufen könnte. Der Redner hofft schließlich, daß beim Reichsschlußgesetz sich wieder ein gemeinsamer Boden für die liberalen Parteien finden lassen werde. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Verg.) erklärt, diese Frage erfülle seine Partei mit großer Sorge, mit besonderer Sorge aber die Erklärung der Regierung, daß die meisten Ausgaben zwangsläufig seien. Eine Grundfrage unserer Finanzen sei nur durch Kürzung des Gesamtetats um fast eine Milliarde möglich. Die jetzige Steuerlast könne vom deutschen Volke einfach nicht mehr getragen werden.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) weist darauf hin, daß wir jetzt bereits die Reserven angreifen müßten, um nur den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Der Redner verweist auf den Prozeß in Plauen und erklärt, die Namen Stresemann und Litwin seien von nun an unauflöslich miteinander verbunden. Stresemann müsse endlich seinen Rücktritt erklären.

Diesen Versuch setzt er nun fort, indem er mit Budapest einen Vertrag schließt.

Gewisse Bedingungen an Jugoslawien.

Mussolini gab im heutigen Ministerrat einen Ueberblick über die internationale politische Lage, wobei er sich auch über die italienisch-jugoslawischen Beziehungen äußerte. Die Möglichkeit einer Klärung sei nicht von der Hand zu weisen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß Jugoslawien einige Bedingungen (!) von vornherein berücksichtige.

Die belgische Regierung hat in London um Englands Intervention im belgisch-holländischen Schelde-Konflikt gebeten.



Der neue bayerische Staatssekretär.

Staatssekretär Freiherr von Welser.

Durch Beschluß des Gesamtministeriums wurde im Einvernehmen mit dem bayerischen Landtag der Staatssekretär z. S. Hans Freiherr von Welser mit sofortiger Wirkung zum Staatssekretär ernannt und dem bayerischen Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe beigegeben.

Unser Bild zeigt den neuen bayerischen Staatssekretär, Freiherrn von Welser.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung der Etats. Der Etat des Reichspräsidenten und des Reichstages werden ohne Aussprache genehmigt. — Beim Etat des Reichsministeriums und des Reichskanzlers kritisiert Abg. Torgler (Komm.) die Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst als fällig. — Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) hält es für unerhört, Kritik auf anonyme Briefe aufzubauen. — Als Abg. Höllein (Komm.) den Sozialdemokraten zuruft „Blöde Affen“ wird er zur Ordnung gerufen. Der Etat wird bewilligt. Beim Etat des Auswärtigen Amtes bekämpft Abg. Stöcker (Komm.) die zum ersten Mal in den Etat eingestellten Ausgaben für den Völkerbund.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt die Herbeirufung des Reichsaußenministers und Aussetzung der Verhandlungen bis dahin.

Bald darauf erscheint Dr. Stresemann, und die Sitzung nimmt ihren Fortgang. — Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) fragt den Außenminister nach seinen Aeußerungen über das Konkordat, ferner nach dem Stande der albanischen Angelegenheit. Trotz aller Sympathie für das chinesische Volk könne man die Kantongregierung nicht ohne weiteres anerkennen, da sie vom Volke nicht gewählt sei.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Herr Dr. Breitscheid ist auf Ausführungen von mir über das Konkordat zu sprechen gekommen, von denen er sagte, ob ich auch als Außenminister die Zurückweisung eines Reichskonkordats für wünschenswert hielte. Ich sehe in meiner Stellung zu dieser Frage in keiner Weise eine Differenz zwischen Außenminister und Parteiführer. Ich habe gegenüber der Förderung einer grundsätzlichen Ablehnung des Reichskonkordats darauf hingewiesen, daß es sich hier meines Erachtens um eine andere Situation handele, nachdem einige Länder Konkordate zum Teil bereits abgeschlossen haben und den anderen Ländern, die teils in Vorbereitung sind, habe ich gebeten, diese Frage zu prüfen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Ich befinde mich in vollster Uebereinstimmung mit den Erklärungen der Reichsregierung zur Konkordatsfrage. — Weiter ist an mich die Anregung gestellt über den Stand der albanischen Frage, wenn man das so nennen darf, hier Mitteilungen zu machen. Ich halte das nicht für wünschenswert.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) tadelt, daß der Reichskanzler und der Außenminister dem Schriftsteller Georg Brandes zu seinem 80. Geburtstag gratuliert haben, obwohl er ein Deutschenfeind gewesen sei. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vermischt eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns in der Konkordatsfrage.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erwidert: Ich bin nicht in der Lage, über die weitere Entwicklung der Dinge hier eine Erklärung abzugeben, zumal sie doch davon abhängt, wie die Verhältnisse der Verhandlungen zwischen Preußen und dem Vatikan weiter vorwärts gehen. Wenn Sie meine Ueberzeugung wissen wollen, so mache ich kein Hehl daraus. Nachdem mit Bayern ein Konkordat abgeschlossen und Verhandlungen von Preußen über das

Konkordat geführt werden, meine ich, daß es wünschenswert ist, ein Reichskonkordat abzuschließen.

Damit schließt die Debatte über den Etat des Auswärtigen. Der Reichstag brachte sodann die dritte Lesung des Reichsetats zum Abschluß.

Abg. Sölmann (Soz.) führte aus, die Sozialdemokratie würde für den demokratischen Antrag gegen ein Konkordat stimmen.

Reichsfinanzminister Köhler erklärte, er sei ermächtigt mitzuteilen, daß für das Hygienemuseum in Dresden, das auch die Reichsregierung für wertvoll halte, eine Beihilfe gewährt werden solle.

Abg. Dr. Külz (Dem.) befaßte sich besonders mit der Streichung der für das Hygienemuseum in Dresden bestimmten einen Million Mark. Dieses Zentralinstitut für Volkshygiene hat auf allen Hygienekongressen den besten Eindruck gemacht. Die letzte Ausstellung ist im Auslande von sechs Millionen Besuchern besichtigt worden, und hier in Deutschland will man so kleinlich sein und diese Etatssumme streichen? Ich geniere mich vor dem Auslande, daß das Deutsche Reich so armselig sein sollte, daß es diesen Betrag nicht ausbringen könnte. Wenn man durchaus sparen muß, so sollte man nicht die eine Million, aber wenigstens 500 000 Mark für das Institut in den Etat einbringen. Wir haben einen solchen Antrag gestellt. Ich bitte Sie dringend, diesem Antrag zuzustimmen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe. — Abg. Sparrer (Dem.) fordert Bereitstellung von zwei Millionen Mark für die Zeppelin-Edener-Spende. Die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsinnenministeriums wurden zunächst noch zurückgestellt. Der Etat des Arbeitsministeriums wurde dann bewilligt, ebenso ohne Debatte der Etat des Reichsjustizministeriums. Der Etat des Reichsernährungsministeriums wurde bewilligt, ebenso der des Verkehrsministeriums.

Beim Etat des Reichswehrministeriums erklärte Abg. Kreuzburg (Komm.), daß Deutschland imperialistische Rüstungsbestrebungen betreibe. — Abg. Müller-Franken (Soz.) wies die Vorwürfe des kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie zurück. Wenn die Sozialdemokraten den diesjährigen Wehretat ablehnten, so gehehe dies auch nicht etwa aus prinzipiellen Gründen.

Das Haus nahm dann die Abstimmungen vor. Der Etat des Auswärtigen Amtes wurde angenommen, desgleichen der Etat des Reichsministeriums des Innern. Angenommen wurde dazu der Antrag der Regierungsparteien, unter den fortlaufenden Ausgaben zur Förderung von Bestrebungen auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volkshilfswesens die Regierungsvorlage mit 250 000 Mark und zur Förderung des Turn- und Sportwesens mit 1 Million Mark wiederherzustellen. Ein demokratischer und auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung von 6 Millionen Mark zur Behebung der Jugendlöhnot wurde gegen die Linke abgelehnt. Für Zwecke der studentischen Nothilfe wurden 300 000 Mark eingeseht. Der Antrag der Regierungsparteien auf Streichung der Etatspositionen von 25 Millionen Mark zur Behebung der Not der Jugendlöhner wurde mit 194 gegen 185 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag der Regierungsparteien, den Baukostenzuschuß für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden von 1 Million Reichsmark zu streichen, wurde in namentlicher Abstimmung mit dem bereits wiedergegebenen Stimmenverhältnis angenommen. Beim Etat des Reichsarbeitsministeriums wurde der Antrag der Kommunisten, die Forderung von 50 Millionen Reichsmark im ordentlichen Etat für die produktionslosen Erwerbslosen für 100 Millionen zu erhöhen, abgelehnt. Nach dem Antrag der Regierungsparteien wurde der Titel überhaupt gestrichen. Im Extraordinarium wurde auf Antrag der Regierungsparteien ein neuer Titel eingeseht, wonach 72 Millionen als Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung für Steigerungsbeträge aus Beitragszeiten vor dem 21. Oktober 1921 auszuwerfen werden. Für die unterstehende Erwerbslosenfürsorge wurde auf Antrag der Regierungsparteien die vorgesehene Summe von 200 Millionen auf 450 Millionen erhöht. Zum Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft beantragten die Regierungsparteien, die in zweiter Lesung gestrichene Forderung von 5 Millionen als Beitrag des Reiches zu den Kosten der Länder und Gemeinden für die Rindersepezung mit 4 Millionen als letzten Beitrag wieder herzustellen. Die Sozialdemokraten beantragten die Wiederherstellung mit 5 Millionen. Die namentliche Abstimmung ergab mit 218:170 Stimmen bei einer Enthaltung die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags. Die 4 Millionen wurden nach dem Antrag der Regierungsparteien bewilligt. Beim Etat des Reichsverkehrsministeriums wurde der Antrag, als Zuschuß zu den Kosten des Baues des aus der Zeppelin-Edener-Spende zu errichtenden Luftschiffes 2 Millionen zu bewilligen, abgelehnt. Beim Etat des Reichswehrministeriums wurden zahlreiche kommunistische Anträge auf Streichung oder Kürzung von Posten abgelehnt. Zum Versorgungsgesetz beantragte der Ausschuß eine Erleichterung der Erlangung der Elternrente vorgeschlagen. In einer Entschließung wurde eine Novelle zum Versorgungsgesetz verlangt. Darin sollen die Renten verbessert, den Hinterbliebenen Heilbehandlung und Berufsausbildung gewährt werden. einer Entschließung wurde empfohlen, den geisteskranken oder sonst schwerleidenden Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen im Wege des Härteausgleichs zu helfen, selbst wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Leiden und dem Militärdienst nicht ausreichend nachgewiesen sei. Diese Ausschlußbeschlüsse wurden bestätigt. Die dritte Lesung des Reichshaushaltplans wurde demnach zu Ende geführt. Die Schlußabstimmung wurde am Mittwoch vertagt.